

15.10.2003

## ISRAEL MUSS SICH ENTSCHIEDEN

Nach den jüngsten palästinensischen Selbstmordattentaten als Reaktion auf die gezielte Liquidierung hoher Hamas-Funktionäre durch die israelische Armee und der Ankündigung des Kabinetts Sharon, Jassir Arafat ins Exil zu zwingen, droht die Lage im Nahen Osten vollends zu explodieren. Wenn Israel jetzt den einzig möglichen Verhandlungspartner auszuschalten sucht, wird nicht nur die Road Map zum Rohrkrepiere, dann werden in den besetzten Gebieten nur noch die Milizen und die Gewalt der Straße regieren.

### Zweierlei Maß

Was aber ist die Antwort der westlichen Politik und Diplomatie auf diese neue Eskalation der Gewalt, die, wenn ihr nicht durch massiven Druck von außen endlich Einhalt geboten wird, nur noch in einer Katastrophe enden kann? Es ist die übliche folgenlose Politik der Beschwichtigung und Ermahnung an beide Konfliktparteien, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Dass Hamas und Al-Aksa-Brigaden beständig „Rache üben“ und durch *suicid bombing* unschuldige israelische Zivilisten ermorden, wird zu Recht verurteilt. Doch dass Ariel Sharon ungerührt Mordbefehle erteilt und alle Hamas-Funktionäre liquidieren will, hat weder die Regierung Bush noch die EU noch die Regierung Schröder zu offiziellen Protesten, geschweige denn zu einem entschiedenen und konzertierten Vorgehen gegen die israelische Staatsführung veranlasst. Soeben hat die EU auch den politischen Arm der Hamas auf die Liste der terroristischen Organisationen gesetzt; doch dass es sich bei der gezielten Liquidierung von Hamas-Funktionären durch die israelische Armee um eine neue Qualität des Staatsterrorismus handelt, kommt den Vertretern der EU nicht in den Sinn, geschweige denn über die Lippen.

So legitim der Kampf des palästinensischen Volkes für seine Unabhängigkeit und gegen die israelische Besatzung ist, die palästinensischen Selbstmordattentate, deren Opfer jüdische Zivilisten sind, sind durch nichts zu rechtfertigen. „Es ist ein fundamentales Prinzip des internationalen Rechts“ – so Amnesty International in einer Erklärung vom Juli 2002 – „dass die Konfliktparteien unter allen Umständen einen Unterschied machen müssen zwischen Zivilpersonen und Kämpfern sowie zwischen zivilen Objekten und militärischen Zielen.“ Aber nicht nur die palästinensische, auch die israelische Seite verstößt permanent gegen diesen internationalen Rechtsgrundsatz. Nach dem Ausbruch der zweiten Intifada wurden im Zuge der israelischen Vergeltungsaktionen **dreimal so viel Palästinenser** getötet, wie Israelis durch Selbstmordattentate umgekommen sind. Auch die meisten Opfer auf palästinensischer Seite waren Zivilisten. Und was sind die zahllosen palästinensischen Häuser, die von israelischen Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht wurden, anderes als „zivile Objekte“? Dennoch wird der Terror der einen und der Staatsterror der anderen Seite im Westen noch immer mit zweierlei Maß gemessen. Warum eigentlich?

### Einseitige Wahrnehmung eines „asymmetrischen Konflikts“

Auch der Westen und die westlichen Mainstream-Medien tragen das ihrige zur Blockade des Friedensprozesses im Nahen Osten bei - und zwar durch die einseitige und verzerrte Wahrnehmung und Behandlung eines Konfliktes, den der französische Publizist Allain Gresh, Chefredakteur von „Le monde diplomatique“, mit vollem Recht einen „*asymmetrischen Konflikt*“ nennt:

„Es gilt, diese ‚falsche Symmetrie‘, die Israelis und Palästinenser auf eine Stufe stellt, sowie die Ideen von den ‚Extremisten auf beiden Seiten‘ zu kritisieren. Diese Sicht wird manchmal von guten Gefühlen gespeist und von dem ehrlichen Wunsch nach einem Frieden auf der Grundlage von zwei nebeneinander bestehenden Staaten. Aber dies berücksichtigt weder die asymmetrische Lage beider Völker noch die Leiden, die 35 Jahre Besatzung hervorbringen. Über zwei Drittel der Palästinenser, die in der Westbank und im Gazastreifen leben, haben ihr ganzes Leben lang die Anwesenheit einer ausländischen Streitmacht erfahren. Alle wurden gedemütigt, zu mehreren Hunderttausenden wurden sie verhaftet, Tausende wurden gefoltert. Andere sind gestorben, verletzt oder für immer behindert. Die Anerkennung dieses *grundlegenden Unterschieds zwischen Besatzern und Besetzten* ist ein Grundprinzip jeder Solidarität. Dies bedeutet wiederum nicht, dass die Sorgen und Leiden der Israelis nicht berücksichtigt werden sollten, die, selbst wenn sie die starke Seite in dieser Gegnerschaft darstellen, in ständiger Angst leben.“

In ihrem jüngsten Buch „Gaza. Tage und Nächte in einem besetzten Land“ schildert die israelische Journalistin und Tochter einer Überlebenden-Familie Amira Hass, die erst in Gaza, dann in Ramallah jahrelang Tür an Tür mit Palästinensern lebte, die täglichen Schikanen durch die Besatzungsmacht, die Demütigungen, aber auch die blutige Repression und die systematische Misshandlung palästinensischer Gefangener.

In der Abriegelung des Gaza-Streifens, begründet mit Sicherheitsinteressen, sieht sie eine „Kollektivstrafe“, die zur Verarmung großer Teile der Bevölkerung und zum Kollaps der Wirtschaft geführt hat: Palästinenser können ihre Arbeitsplätze in Israel nicht erreichen, in Gaza produzierte Waren können nicht ausgeliefert werden, den versprochenen „Korridor“ ins Westjordanland gibt es noch immer nicht. In Gaza selbst ist die Versorgung mit Wasser und Strom immer öfter unterbrochen, und die extrem ungerechte Steuerpolitik führt dazu, dass die Palästinenser für ihre eigene Unterdrückung zahlen. Kein Wunder, dass die Wohlhabenderen und Jüngeren mit

guter Berufsausbildung ins Exil gehen - eine Entwicklung, die von Israel bewusst forciert wurde: „Besonders bezüglich Gaza stand hinter der Blockierung jeder wirtschaftlichen Entwicklung, das nicht allzu geheim gehaltene Ziel, einen Massenexodus herbeizuführen: Einwohner von Gaza, die den Gazastreifen verließen, verloren daraufhin ihre Bürgerrechte. Israels Kontrolle über das Recht der Palästinenser zu arbeiten, war ein leicht durchschaubares Instrument, dessen Endziel in der endgültigen wirtschaftlichen, nationalen und geografischen Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung bestand. Der Bau jüdischer Siedlungen, der sehr rasch begann und wertvolles Land und Wasserressourcen beanspruchte, war ein weiterer Aspekt dieser Strategie.“

### **Wer torpediert eigentlich den Friedensprozess?**

Den Geburtsfehler des Friedensprozesses sieht Amira Hass darin, dass, während sich die Palästinenser einen eigenen Staat, Freizügigkeit und verbesserte Lebensbedingungen erhofften, Israels Politik unvermindert auf den Ausbau der Siedlungen gerichtet war: „Die Blöcke jüdischer Siedlungen und das Netzwerk der neuen Straßen sind der Nagel zum Sarg eines zusammenhängenden palästinensischen Staates, welcher Form er auch immer annehmen mag.“

Die israelische Autorin Tanya Reinhart, Linguistik-Professorin in Tel Aviv, führt in ihrem eben erschienenen Buch „Operation Dornenfeld“ die unerbittliche Logik israelischer Expansionspolitik gegenüber den Palästinensern noch weiter aus. Vor allem widerlegt sie eine zentrale israelische Propagandalüge, die längst zum common sense der westlichen Öffentlichkeit geworden ist: nämlich die Behauptung, Arafat trage am Scheitern der Camp David-Verhandlungen die alleinige Schuld.

Während der damalige israelische Regierungschef Barak in Camp David die großen israelischen Siedlungsblöcke nicht antasten, sondern diese sogar noch um palästinensische Gebiete zwischen den Siedlungsblöcken erweitern wollte, stimmte er scheinbar zu, Ost-Jerusalem zur Hauptstadt des zukünftigen palästinensischen Staates zu machen. In Wirklichkeit handelte es sich um das an Ost-Jerusalem angrenzende Dorf Abu-Dis, das künftig den arabischen Namen für Jerusalem, nämlich El-Ouds tragen sollte - ein Trick, den sogar Arafat akzeptierte. Der entscheidende Punkt, der zum Scheitern der Verhandlungen führen musste, war das Ansinnen Baraks, „beide Seiten müssten ein ‚endgültiges Abkommen‘ unterzeichnen.“ Das war für die palästinensische Seite unannehmbar, weil sie damit ihre Ansprüche auf die UN-Resolutionen 194 und 242 aus den Jahren 1948 bzw. 1967 aufgeben hätten. Erstere behandelt das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge, letztere fordert den Abzug der israelischen Streitkräfte aus den im Sechs-Tage-Krieg besetzten Gebieten. Im Ergebnis von Camp David jedoch standen die Palästinenser als „friedensunwillige Extremisten“ da, die jeglichen Kompromiss verweigern. Dabei hatten sie bereits das Äußerste an Kompromissfähigkeit gezeigt, indem sie einem palästinensischen Staatsgebiet *von nur 22 Prozent* des ursprünglichen britischen Mandatsgebietes Palästina zugestimmt hatten. Was wollen die Besatzer eigentlich noch von den Besetzten erwarten?

35 Jahre Besatzung und Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung, fortgesetzter völkerrechtswidriger Siedlungsbau für fast 400 000 Siedler in Westbank und im Großraum Ost-Jerusalem, permanente Enteignung palästinensischen Bodens, dramatischer Niedergang der palästinensischen Wirtschaft aufgrund von Ausgangssperren und Abriegelungen und ein vor allem *von Israel torpedierter Friedensprozess* haben im Oktober 2000 zum Aufstand in den besetzten Gebieten, zur zweiten Intifada geführt.

Als Antwort darauf hat die israelische Armee mit Panzern, Hubschraubern und Kampfflugzeugen, unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen den Terror“ und hierzu von der Bush-Regierung stillschweigend ermächtigt, fast die gesamte Infrastruktur der palästinensischen Autonomiebehörde zerschlagen: Hafen und Flughafen in Gaza, Radiosender und Ministerien in Ramallah, Gebäude der zivilen Verwaltung und der Polizei in fast allen Autonomiestädten.

Wer wollte bei dieser Faktenlage ernstlich bestreiten, dass der virulente Kern des gesamten Konfliktes die seit 35 Jahren anhaltende israelische Besatzungs- und Siedlungspolitik ist, die von diversen UN-Resolutionen verurteilt wurde? (Weitere wurden allerdings durch das Veto der USA blockiert). Dass folglich das *Haupthindernis des Friedensprozesses nicht bei den Besetzten, sondern bei den Besatzern liegt*, bei ihrer notorischen Weigerung, den notwendigen Preis für den Frieden zu zahlen? Wenn dem aber so ist, dann gibt es nur einen Weg zur Lösung des Konfliktes: Indem die Internationale Gemeinschaft verschärften politischen *und* wirtschaftlichen Druck auf den starken und militärisch haushoch überlegenen Partner dieses „asymmetrischen Konfliktes“ ausübt und, wenn dieser nicht nachgibt, alle gebotenen Sanktionsmöglichkeiten ausschöpft, die auch sonst gegen Staaten ausgeübt werden, die das Völkerrecht mit Füßen treten und sich bindenden UN-Resolutionen fortgesetzt verweigern.

Doch statt sich zu einer solchen Konsequenz aufzuraffen, sieht die westliche Welt, allen voran Bushs Amerika, aber auch die EU, der mörderischen Eskalation des Nahost-Konfliktes in vornehmer diplomatischer Zurückhaltung lieber zu. Schließlich handelt es sich ja nicht um irgendein Land, gegen das man im Falle anhaltender Völker- und Menschenrechtsverletzungen sofort Wirtschafts- und andere Sanktionen verhängen würde, sondern um Israel, das aufgrund des an ihm verübten singulären Verbrechens, des Holocausts, einen Sonderstatus genießt. Und wer, gar noch als Deutscher, sei er Politiker, Journalist oder Intellektueller, es wagt,

die israelische Politik gegenüber den Palästinensern offen zu kritisieren, wer etwa fordert, die deutschen Rüstungsexporte nach Israel zu stoppen, der gerät hierzulande sofort unter Antisemitismus-Verdacht.

### **Die Instrumentalisierung des deutschen Schuldgefühls**

Und damit sind wir bei einem anderen Aspekt der Blockade des Friedensprozesses, dem deutsch-jüdischen Verhältnis, das trotz aller Versöhnungs- und „Normalisierungs“-Versuche noch immer hochgradig belastet, ja, in einem paranoiden Zirkel förmlich gefangen ist. Denn natürlich lastet auf dem Israel-Palästina-Konflikt die Erinnerung an den Holocaust. Sowohl die israelischen als auch die europäischen und deutschen Stellungnahmen sind durch dieses monströse Verbrechen geprägt. Dass die Israelis wie auch die in Deutschland lebenden Juden besonders empfindlich auf jegliche, sei es offene, sei es verdeckte Form des Antisemitismus reagieren, ist aus historischen Gründen nachvollziehbar. Doch die Behauptung, mit der sich als erster Henrik M. Broder hervortat und die seither zum Standard-Argument vieler deutscher Publizisten gehört, dass der „linke Antisemitismus“ heute das Gewand des Antizionismus angelegt habe, ist eine böswillige Unterstellung. Und sie ist auch politisch kontraproduktiv, weil damit die öffentliche Debatte um die Palästinenser-Politik Israels von vornherein blockiert und zum Tabu erklärt wird. Gewiss pflegen sich heute etliche Antisemiten und Holocaust-Leugner, vor allem die der rechtsradikalen Szene und der islamischen Welt, hinter dem Antizionismus zu verstecken. Doch der unvermeidliche Beifall von der falschen Seite entledigt nicht der politischen Pflicht, die notwendige Auseinandersetzung mit der zionistischen Ideologie, die den historischen Anspruch Israels auf Judäa und Samaria, sprich: auf die besetzten Gebiete, aus dem Alten Testament ableitet, öffentlich zu führen - und zwar auch in Deutschland.

Doch eben hier setzt die längst verinnerlichte Denkblockade ein. Bekanntlich leiden nicht nur die Kinder und Nachfahren der Holocaust-Opfer an einem Verfolgungstrauma, das ihnen gleichsam reflexhaft gebietet, jedwede Kritik an der Politik des Staates Israels als Infragestellung seines Existenzrechts misszuverstehen und diese sogleich als „antisemitisch“ oder „antijudäisch“ zu verdächtigen; auch die Kinder der Tätergeneration leiden offenbar an einem Schuldkomplex, den sie, in Reaktion auf den Antisemitismus der Kriegsgeneration, durch einen moralisch unanfechtbaren Philosemitismus und eine hundertprozentige Identifikation mit dem Staate Israel zu kompensieren suchen. Dabei war es gerade Adorno, der den nach 1945 verordneten deutschen Philosemitismus mit größter Skepsis betrachtet hat. Das betonte „Lob der Juden“ und ihrer kulturellen Leistungen war ihm stets verdächtig, weil es ihm allzu sehr nach Kompensation und Rationalisierung der verdrängten antisemitischen Affekte schmeckte: „Lobreden auf die Juden, welche diese als Gruppe absondern, geben selber dem Antisemitismus allzu viel vor“, heißt es in „Erziehung zur Mündigkeit“.

Auch waren - und sind es immer wieder - namhafte jüdische Philosophen, Historiker und Schriftsteller, welche den Zionismus als nationalistische Ideologie und Staatsform vehement kritisieren. So hat der jüdische Philosoph Ernst Tugendhat in seinem Beitrag für die ZEIT vom 22.02.1991 - „Der Golfkrieg, Deutschland und Israel“ - die Deutschen nachdrücklich davor gewarnt, den Argumenten des offiziellen Israel blindlings zu folgen. Seine Hauptthese ist, dass die Deutschen ihre historische Schuld an den Juden nicht bewusst und nicht rational aufgearbeitet haben und dass sie deshalb auch vor den Forderungen des zionistischen Staates, die nicht mit dem Interesse des jüdischen Volkes an guter Nachbarschaft mit den arabischen Völkern identisch sind, fast automatisch „einknicken“. „Wird die Schuld, die man empfindet, nicht bewusst aufgearbeitet ..., dann hat das zur Folge, dass man sich zu seinem Gegenüber so verhält, dass man alles tut, was er glaubt, was man zu tun hätte. Man gibt also die Autonomie des eigenen Urteilens preis, und das Gegenüber hat so die Chance, die eigene Schuld zu manipulieren. Es gibt Menschen und auch Staaten, die auf dem irrationalen Schuldgefühl eines anderen virtuos wie auf einem Klavier können. So tun es auch die Israelis mit den Deutschen.“ Hätte ein nicht-jüdischer Deutscher diese Sätze geschrieben, so hätte man gewiss keinen Moment gezögert, ihn mit der bewährten Keule des „linken Antisemitismus“ zum Verstummen zu bringen.

Gewiss haben wir Deutschen eine besondere Verantwortung gegenüber den Überlebenden des Holocaust und für die Sicherheit des Staates Israel: Doch wenn im Namen dieser moralischen Verpflichtung und Verantwortung Kriege und militärische Interventionen in Krisengebieten gebilligt werden, die ganz anderen Motiven entspringen und ganz andere Ziele verfolgen als die Sicherheit Israels zu gewährleisten, dann haben wir es hier mit einer *politischen Instrumentalisierung des deutschen Schuldgefühls* zu tun. Dieses war sowohl beim ersten Golfkrieg von 1991 der Fall wie auch beim NATO-Krieg gegen das serbische Restjugoslawien, auf den die deutsche Öffentlichkeit mit dem Argument, ein „zweites Auschwitz“ zu verhindern, mittels getürkter Propagandamaterialien des damaligen deutschen Verteidigungsministers eingeschworen wurde.

### **Die Zionisierung der Shoah**

Wie allergisch, ja paranoid, auf jegliche Kritik an der zionistischen Ideologie und Politik Israels hierzulande reagiert wird, zeigte die jüngste Affäre um das Buch des kanadischen Historikers Ted Honderich: „Nach dem Terror. Ein Traktat.“ Da genügte der Einspruch eines einzigen deutsch-jüdischen Publizisten, nämlich Micha Brumliks, sowie der öffentliche Rückzieher von Jürgen Habermas - und schon wurde das als „antisemitisches Machwerk“ inkriminierte Buch, noch ehe sich die deutsche Öffentlichkeit eine eigene Meinung bilden konnte, wieder vom Markt genommen - eine Art symbolischer „Bücherverbrennung“ zum Schaden der deutschen Debattenkultur und des Grundrechts der freien Meinungsäußerung. Auf die Idee, dass sie mit solchen

autoritären Verdikten und Tabusetzungen dem latenten Antisemitismus geradezu Vorschub leisten, verfallen die neuen Gralshüter des Zionismus nicht.

Dabei kommt die schärfste Kritik an der zionistischen Ideologie und Politik derzeit just aus Israel. Avraham Burg, Abgeordneter der Arbeitspartei Israels und von 1999 bis 2003 Sprecher der Knesset, schrieb in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 12.09.02: „Die zionistische Revolution ruhte seit je auf zwei Säulen: einem gerechten Weg und moralischer Überlegenheit. Keines von beiden trifft heute noch zu. Die israelische Nation stützt sich heute auf ein Gerüst der Korruption und ruht auf den Fundamenten von Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Und weil das so ist, steht das Ende des Unternehmens Zionismus bereits an unserer Türschwelle. ... Was wir brauchen, ist eine neue Vision einer gerechten Gesellschaft und den politischen Willen, sie in die Tat umzusetzen.“

In seinem jüngsten Buch „Zweierlei Israel“ wirft der bekannte israelische Historiker Moshe Zuckermann der offiziellen israelischen Politik die Zionisierung und Instrumentalisierung der Shoah vor: „Es ist im Zionismus, wie er sich nach 1945, besonders nach 1948 entwickelte, angelegt, dass die Shoah zionisiert wurde. ... Den Zionismus der sozialistischen Ideale gibt es nicht mehr. Es gibt das Klein-Israel bis 1967 nicht mehr, weil es die grüne Grenze auch im Bewusstsein nicht mehr gibt. Der Zionismus ist aus einer Befreiungsbewegung zu einer expansionistischen Bewegung, zu einer kolonialen Bewegung geworden, die noch immer den Namen des Zionismus trägt, aber mit der Ursprungsidee des Zionismus nichts mehr zu tun hat. ... Mittlerweile sind die Hauptträger des Zionismus die Siedler, und so apostrophieren sie sich auch: Wir sind heute die eigentlichen Pioniere.“

Zuckermann kritisiert im Interview mit der AK (16.05.03) aber auch die verharmlosende deutsche Sicht der israelischen Okkupationspolitik, die selbst von vielen deutschen Linken relativiert werde: „Ich glaube, dass die Leute hier in Deutschland sehr abstrakt über Israel reden und weniger die Realität wahrnehmen. ... Seit wann sind Okkupationen zu relativieren? In dem Moment, wo ein Land sich expansionistisch gebärdet, sei es aus kolonialistischen oder imperialistischen Motiven, sei es aus vorgeblichen Sicherheitsgründen, muss das aus linker Position heraus verurteilt werden. Ich bin auch der Meinung, dass wir nicht nur jetzt, sondern schon 1948 den Palästinensern eine große Katastrophe beigebracht haben: die *Nakba*, die große Katastrophe. Da kann kein Deutscher hingehen und sagen: So schlimm ist es nicht gewesen. Die Katastrophe des anderen kann doch nicht relativiert werden.“

Bis heute wird die *Nakba* vom israelischen Staat geleugnet. In den zionistischen Schulbüchern ist nicht etwa von der „Vertreibung“, sondern von der „Flucht der Araber“ nach 1948 die Rede, und die Geschichte des Volkes Zion wird der heranwachsenden Generation nach wie vor in religiöser Überhöhung und orthodoxer Mythisierung dargeboten: „Von der Diaspora zur Auferstehung“ usw.

### **Es gibt keinen Mittelweg**

Aber - und dies muss endlich auch der Westen begreifen! - *es wird keinen Frieden geben, solange Israel den Preis dafür nicht zahlen will.* Es gibt keinen Mittelweg zwischen Krieg und Frieden, zwischen israelischer Besatzung und palästinensischer Autonomie, zwischen Siedlungspolitik und staatlicher Koexistenz, wie Avraham Burg in seinem leidenschaftlichen Plädoyer ausführte:

„Der Premierminister sollte den Bürgern folgendes sagen: Die Zeit der Illusionen ist vorbei, die Zeit der Entscheidungen ist angebrochen. ... Zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer gibt es keine klare jüdische Mehrheit mehr. Und darum, Mitbürger, ist es nicht möglich, das Ganze zu bewahren, ohne einen Preis dafür zu zahlen. Wir können nicht eine palästinensische Mehrheit unter unserem Stiefel halten und uns zugleich einbilden, die einzige Demokratie im Nahen Osten zu sein. Es kann keine Demokratie geben ohne gleiche Rechte für alle, die hier leben, Araber wie Juden. Wir können nicht die Gebiete behalten und eine jüdische Majorität erhalten - nicht mit Mitteln, die menschlich sind, moralisch und jüdisch.

Ihr wollt das größere Land Israel? Kein Problem. Schafft die Demokratie ab. Lasst uns ein effektives System der Rassentrennung einführen, mit Straf- und Internierungslagern. Ihr wollt eine jüdische Majorität? Kein Problem. Entweder ihr setzt die Araber in Eisenbahnwaggons und Busse, auf Kamele und Esel und werft sie raus - oder Ihr sondert euch vollständig von ihnen ab, ohne Tricks und Kniffe. Es gibt keinen Mittelweg. Wir müssen unsere Siedlungen abreißen und eine international anerkannte Grenze ziehen zwischen dem Heim der jüdischen Nation und dem Heim der palästinensischen Nation. ...

Das ist es, was der Premierminister den Menschen sagen sollte. Er sollte rundheraus die Alternativen darstellen: Jüdischer Rassismus oder Demokratie; Siedlungspolitik oder Hoffnung für beide Völker; falsche Visionen von Stacheldraht, Straßensperren und Selbstmordattentätern oder eine international akzeptierte Grenze zwischen zwei Staaten und eine gemeinsame Hauptstadt Jerusalem.“